

bidok works

Beruf und Arbeit ohne Barrieren



AUSSCHLUSS ?

AUS DEM INHALT

“ÜBER MEIN SELBSTVERTRAUEN”

“OHNE GELD BIN ICH KEIN MENSCH”

“MEINE GESCHWISTER ARBEITEN AUCH”

**SCHULISCHE INKLUSION &
BEDINGUNGEN FÜR DAS
LEBEN UND BERUFSLEBEN**

**AUSSCHLUSS VON ERWERBSARBEIT VON
DER GESELLSCHAFT LEGITIMIERT?**

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE



Ausgabe 13

Mai 2015

www.bidok.at





INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	1
„Über mein Selbstvertrauen“	3
„Ohne Geld bin ich kein Mensch.“	6
„Meine Geschwister arbeiten auch.“	8
Schulische Inklusion verbessert die Bedingungen für das Leben und Berufsleben	10
Ausschluss von Erwerbsarbeit - eine gesellschaftlich legitimierte Gewalthandlung?	12
Solidarische Ökonomie und berufliche Integration	17
Nachhaltige Integration am Arbeitsmarkt - Projekt NINA	20
Die Offene Uni	21
Aktuelles	27
Veranstaltungshinweise	29
Impressum	30

Titelbild: Anita Koblmüller

„Über mein Selbstvertrauen“

Der folgende Artikel wurde 2006 geschrieben. Die Autorin berichtet über ihren persönlichen Weg aus einer Werkstatt zu einem Angestelltenverhältnis. Im Vordergrund stehen ihre unterschiedlichen Gefühle während der Zeit der beruflichen Verwirklichung.

Text: Monika Rauchberger

Ich habe in einer Werkstatt gearbeitet, seit ich 18 Jahre alt war. Mit 30 Jahren hat mir meine Freundin Carola erzählt, dass es im Herbst ein EU Projekt geben wird, bei dem Menschen mit Lernschwierigkeiten richtige Arbeit bekommen können.

Sie hat mich gefragt, ob ich Lust hätte, mich zu bewerben.

Ich war komplett aufgelöst vor lauter Überraschung. So eine große Chance. Ich wollte schon lange nicht mehr in der Werkstatt arbeiten.

Dann aber habe ich mir die nächsten Schritte durch den Kopf gehen lassen. Ich wusste, ich musste der Werkstättenleiterin sagen, dass ich mich dort bewerben will. Dieser Gedanke machte mir große Angst.

Ich wusste nicht, wie ich das der Werkstättenchefin sagen sollte. Ich habe befürchtet, dass sie mir nicht glaubt, dass ich eine neue Arbeit suche. Und wenn ich die Stelle dann nicht bekomme, dann könnte sie sagen: Das hab ich eh gewusst, dass du keine Arbeit außerhalb der Werkstatt bekommst. Ich hatte große Angst. Ich habe aber auch mit einigen Leuten über meine Angst geredet. Ich habe sie gefragt, ob ich überhaupt die Arbeit schaffen werde.



Foto: Koblmüller

Viele Leute haben gesagt, dass ich das sicherlich schaffen werde und mir nur mehr zutrauen soll. Sie meinten, ich bräuchte mehr Selbstvertrauen.

Ich habe nachgefragt, was heißt das Wort Selbstvertrauen?

Dass heißt, dass man sich selbst etwas zutrauen soll, dass ich dran glauben sollte, dass ich es schaffen werde.

Also habe ich versucht, irgendwie Selbstvertrauen zu gewinnen. Ich habe mir selber Mut gemacht. Ich hab zu mir gesagt, ich steh das durch.

Ich hab mir immer wieder im Kopf gesagt, was ich alles gut kann.

Auch meine Freunde haben mir gesagt, dass ich sehr viel kann.

Bevor ich genug Selbstvertrauen hatte, habe ich ziemlich große Angst gehabt, mit den Leuten zu reden, die nicht meine besten Freunde waren.

Eines Tages bin ich dann zu meinem Vorgesetzten gegangen und habe ihn gebeten, dass ich frei bekomme, damit ich zum Vorstellungsgespräch kann.

Er war überrascht. Er hat mich gefragt, ob ich von der Werkstätte weg will.

Und dann meinte er, dass wir es abwarten sollten, ob du die Stelle auch bekommst.

Nachdem ich das meinem Vorgesetzten gesagt habe, bin ich mir sicherer geworden, dass ich die Stelle bekomme. Nur der Werkstättenleiterin hab ich mich immer noch nicht getraut es zu sagen. Ihr hab ich es erst gesagt, als mir die Leute vom SLI die Stelle zugesichert haben.

Dann bin ich zu ihr gegangen. Sie war sprachlos. Sie hat sich so für mich gefreut.

Sie gratulierte mir und wollte sofort wissen, wie ich das geschafft hätte.

Sie war sogar ein bisschen traurig, dass ich gehe.

Ich hätte nicht gedacht, dass das so einfach gewesen wäre.

Mein Selbstvertrauen war also richtig groß. Nur dann begann ich zu arbeiten.

Auf einmal ist mir bewusst geworden, dass ich die Einzige im Projekt war, die einen Rollstuhl hatte. Die anderen Mitarbeiter_innen konnten alle ganz normal gehen.

Und dazu kam, dass ich auch schwer sprechen kann.

Die Mitarbeiter_innen haben mich nicht ohne Buchstabentafel verstanden.

Sofort bekam ich wieder ein ungutes Gefühl. Ich habe mir Sorgen gemacht, wie das nur gut gehen könnte. Im Stillen bekam ich große Zweifel, ob die mich behalten würden.

Also habe ich versucht, möglichst gute Arbeit zu leisten und die Unterstützer_innen möglichst wenig um Hilfe zu bitten. Alles war anders als in der Werkstatt.

Am Anfang habe ich gar nicht gewusst, wie ich eigentlich mit den neuen Leuten umgehen sollte. Wenn ich etwas gebraucht habe, habe ich gewartet bis jemand von den Unterstützer_innen Zeit hatte. Sie haben dann immer erst fragen müssen, was ich eigentlich brauche. Ich habe ihnen viel erklären müssen. Ich hatte große Angst, dass ich ihnen auf die Nerven gehe und sie mich wieder los werden wollen. Aber es hat nicht lange gedauert, bis wir uns aneinander gewöhnt haben.

Es ging immer besser und mein Selbstvertrauen wächst immer mehr.

Es hat sich ausgezahlt, dass ich durchgehalten und nicht aufgegeben habe.

Jetzt weiß ich, dass ich ganz viel schaffe, wenn ich es mir nur zutraue.

Aus: bidok - Leicht Lesen Bibliothek, © Monika Rauchberger 2006



Foto: Rauchberger

Kontakt

Monika Rauchberger

leitet Wibs

Wibs - wir informieren beraten bestimmen selbst

Anton Eder Straße 15

6020 Innsbruck

Tel. 0512 573448

monikawibs@selbstbestimmt-leben.at



„Ohne Geld bin ich kein Mensch.“

Hubert Reischer hatte 1995 einen Arbeitsunfall und in der Folge ein schweres Schädel-Hirn-Trauma. Zu dieser Zeit verdiente er weit über dem Durchschnitt. Er war selbständig tätig mit Montagen von Markisen und damit sehr erfolgreich. Eine abgeschlossene berufliche Ausbildung hatte er nicht. Er brach nach dem ersten Lehrjahr seine Ausbildungszeit ab, da er mit den Montagen viel mehr verdienen konnte.

Im folgenden Interview vom 18. Februar 2015 erzählt Herr Reischer über seinen Wiedereinstieg in die Arbeitswelt.

Text: Hubert Reischer, Anita Koblmüller

Welche Folgen hatte Ihr Unfall für Sie?

Beim Unfall wäre ich fast gestorben. Ich wurde von einem Lastwagen erdrückt. Nach dem Unfall war ich 2 Jahre lang im Krankenhaus und in Rehabilitation. In dieser Zeit konnte ich nichts mehr: nicht sprechen, mich nicht erinnern, nicht gehen.

Heute kann ich mich an das, was lange her ist, wieder erinnern.

Doch ich kann mich an alles, was gerade erst geschehen ist, nicht erinnern.

Ich kann mir keine Termine merken und auch nicht lesen.

Und ich sehe nicht so gut.

Wie ist Ihre aktuelle berufliche Situation?

Ich arbeite täglich 2 Stunden bei den Johannitern in Rum. Ich reinige die Büros und bin geringfügig angestellt. Ich arbeite hier seit einem Jahr.

Wie schätzen Sie die Zufriedenheit der Johanniter mit Ihrer Arbeit ein?

Sie sind sehr zufrieden.

Wie ist Ihre Bewerbungszeit verlaufen? Hatten Sie Unterstützung?

Ich bin hingefahren und hatte ein Vorstellungsgespräch.

Der Hannes Kosz vom Verein W.I.R. hat mich begleitet.

Wann ist der Wunsch wieder zu arbeiten bei Ihnen entstanden?

Ungefähr 5 Jahre nach dem Unfall.

Was hat sich für Sie seit der Erwerbstätigkeit verändert seit?

Ich habe wieder Geld in der Tasche. Ohne Geld ist man kein Mensch.

Ich trinke auch nicht mehr.

Wie ist es Ihnen beim Wiedereinstieg in die Arbeitswelt ergangen?

Am Anfang war es sehr schwierig, weil ich mir nichts merken konnte. Auch war es schwierig, mich in den Büroräumen zurechtzufinden. Die erste Zeit war auch jemand von W.I.R. dabei.

Heute weiß ich alles, weil ich es schon oft gemacht habe. Ich arbeite selbständig.

Wie verstehen Sie sich mit den Menschen an Ihrer Arbeitsstelle?

Die Menschen interessieren mich nicht. Ich mache meine Arbeit und verdiene Geld. Das ist das Wichtigste.

Wie geht es Ihnen mit der erwarteten Arbeitsleistung, Zeitdruck und Stress?

Gut. Ich mache die Arbeit wie im Schlaf.

Am Anfang war es schwierig pünktlich zu kommen, doch jetzt passt es.

Ändert sich die Tätigkeit immer wieder?

Nein, es ist jeden Tag dasselbe zu tun. Das ist gut.

Welchen Wunsch für die Zukunft haben Sie?

Ich möchte noch mehr Geld verdienen.



Foto: Verein W.I.R.

Kontakt

Hubert Reischer

Büroreinigung bei den
Johannitern Tirol

Projekt NINA, Verein W.I.R.
6060 Hall i. T.

„Meine Geschwister arbeiten auch.“

Lisa-Maria Giehl ist seit 3 Jahren auf Arbeitsuche. Sie hat bereits oft die Möglichkeit zum Schnuppern bekommen, doch angestellt wurde sie bisher nicht. „Da bekomme ich immer nur Absagen. Ich verstehe das nicht. Sie sagen, es liegt daran, dass ich keinen Hauptschulabschluss habe.“
Im folgenden Interview vom 18. Februar 2015 berichtet Frau Giehl über ihre Erfahrungen bei der Arbeitssuche.

Text: Lisa-Maria Giehl, Anita Koblmüller

In welchem Bereich würden Sie gerne arbeiten?

Ich würde gerne mit Kindern arbeiten oder mit Menschen überhaupt.

Wo und wie bewerben Sie sich?

Ich bewerbe mich überall. Ich gehe hin, telefoniere, lese die Zeitungsinserate und schicke schriftliche Bewerbungen hin.

Ich habe Unterstützung vom Jobcoaching in Schwaz und vom Verein W.I.R. in Hall.

Haben Sie bereits an vielen möglichen Arbeitsstellen geschnuppert?

Ja. Ich bin frustriert: Ich gehe schnuppern. Ich mache die Arbeiten gerne. Mir kommt vor, die Angestellten dort sind zufrieden mit mir. Ich bekomme auch positive Rückmeldungen.

Doch beim Gespräch mit dem Chef oder der Chefin wird mir dann gesagt, dass ich nicht angestellt werden kann. Obwohl sie mich gar nicht kennengelernt haben.

Sind Sie beim Schnuppern alleine oder leitet Sie jemand an?

Es ist immer jemand bei mir und sagt mir, was ich tun soll.

Wo haben Sie bisher geschnuppert?

In einem Seniorenheim in Hall und in Innsbruck, in einem Kindergarten in Vomp und in Jenbach. In Zirl habe ich vergoldet und in Hall habe ich in einem Kräuterladen mitgearbeitet. Es hat mir alles gut gefallen.

Welche Schulausbildung haben Sie gemacht?

Ich ging in die Sonderschule Mariatal in Kramsach und danach war ich 3 Jahre am Lachhof in Volders.

Sie sind bereits weit herumgekommen in Ihrer Schulzeit, Berufsvorbereitungszeit und arbeitsuchenden Zeit.

Ja.

Überlegen Sie, den Hauptschulabschluss nach zu machen?

Nein, ich mag nicht mehr in die Schule gehen. Ich mag nicht mehr lernen und ich mag keine Mathematik.

Welchen Wunsch für die Zukunft haben Sie?

Ich möchte arbeiten. Meine Geschwister arbeiten auch alle.



Foto: Giehl

Kontakt

Lisa-Maria Giehl

Arbeitsuchende
(Stand 18. 2.2015)

Projekt NINA, Verein W.I.R.
6060 Hall i. T.

Weiterführende Literatur in der bidok Bibliothek:

Erfahrungs-Berichte zur Arbeits-Welt in Leichter Sprache

http://bidok.uibk.ac.at/leichtlesen/projekte/arbeitswelt_tirol/erfahrungs-berichte.html

Sonja Genner, 2014: Weil ich arbeiten will

<http://bidok.uibk.ac.at/library/genner-beschaefigungswerkstatt-ma.html>

Dominik Jaklitsch, 2014: Inklusive Arbeit

<http://bidok.uibk.ac.at/library/jaklitsch-arbeit-dipl.html>

Lisa Pfahl, 2010: Draußen vor der Tür

<http://bidok.uibk.ac.at/library/pfahl-draussen.html>

Lisa Reimann, 2012: Vielfalt, Vorurteile und Diskriminierung?

<http://bidok.uibk.ac.at/library/reimann-vorurteile.html>

Wibs, 2006: Wibs Tipps zum Thema Arbeit für Menschen mit Lernschwierigkeiten

<http://bidok.uibk.ac.at/library/wibs-arbeit-l.html>

SCHULISCHE INKLUSION VERBESSERT DIE BEDINGUNGEN FÜR DAS LEBEN UND BERUFSLEBEN

Text: Volker Schönwiese

Schulische Integration/Inklusion ist unabhängig von den Ansprüchen, die die UN-Behindertenrechtskonvention stellt, in Österreich seit Jahrzehnten in Diskussion und es gibt Probleme mit der Umsetzung (vgl. Flieger 2012). Trotz Integrationsgesetzgebung in den 1990er-Jahren besucht in Österreich bis heute relativ unverändert ein Anteil von 2% aller Pflichtschüler_innen Sonderschulen. Dabei sind die Vorteile von Integration/Inklusion gegenüber Sonderbeschulung seit langer Zeit durch Forschung gut abgesichert. In den vergangenen Jahren kamen wichtige internationale Vergleichsuntersuchungen dazu. Zwei Studien sollen hier beispielhaft kurz beschrieben werden.

Eine Untersuchung aus Kanada: Vianne Timmons und Maryam Wagner (2008) zogen die Daten einer großangelegten Mikrozensushebung über Menschen mit allen Formen von Behinderungen in Kanada heran und untersuchten, ob und wie sich der Gesundheitsstatus von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen verändert, wenn sie unter mehr oder weniger inklusiven Bedingungen beschult werden. Anhand der Kategorien hohe, mittlere und geringe Inklusion verglichen die Autorinnen u.a. Daten über den schulischen Fortschritt und den Gesundheitszustand von 8.000 Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen im Alter zwischen fünf und 14 Jahren. Unter einem hohen Grad von Inklusion verstehen Timmons und Wagner ein Schulsetting, in dem ein Kind mit Behinderung die Nachbarschaftsschule besucht

und dort die seinen Bedürfnissen entsprechende Unterstützung bzw. die dafür erforderlichen Hilfsmittel erhält; sie verstehen unter hoher Inklusion, dass ein Kind mit Behinderungen mit seinen Alterskolleg_innen unterrichtet und nicht aus der Klasse herausgenommen wird und dass es an allen schulischen Aktivitäten teilnimmt, also auch an kulturellen oder sportlichen Programmen, die außerhalb der Schule stattfinden; schließlich zeichnet sich ein hoher Grad von Inklusion dadurch aus, dass Eltern von Kindern mit Behinderungen für die Schule als Kooperationspartner_innen fungieren.

Die Autorinnen kommen u.a. zu folgenden, statistisch signifikanten Ergebnissen: Schüler_innen mit Behinderungen machen unter stark inklusiven Bedingungen deutlich bessere Lernfortschritte als unter geringen inklusiven Bedingungen. Dasselbe Muster zeigt sich in Bezug auf den allgemeinen Gesundheitszustand nach Kriterien der Weltgesundheits-Organisation (WHO): Je höher der Inklusionsgrad der Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie einen sehr guten Gesundheitszustand haben.

Eine Untersuchung aus der Schweiz: In einer bedeutsamen und sehr ungewöhnlichen über 12 Jahre angelegten Langzeitstudie erfassten Michael Eckhart, Urs Haeberlin, Caroline Sahli Lozano und Philippe Blanc (2011) die Werdegänge von Jugendlichen mit Lernbehinderungen aus Integra-

tionsklassen und vergleichbaren Jugendlichen aus Sonderschulen. Das Hauptinteresse der Autor_innen lag bei den Übergängen zwischen Schule und Beruf bzw. der Frage, wie gut sich die jungen Erwachsenen am Arbeitsmarkt behaupten können. Die Ergebnisse dieser quantitativen Untersuchung sind eindeutig: „Junge Erwachsene mit Sonderklassen-Vergangenheit haben in der Regel nur Zugang zu Berufen mit sehr tiefem Anspruchsniveau oder bleiben häufig arbeitslos. Für vergleichbare junge Erwachsene, die jedoch keine Sonderklasse besucht haben, sieht die Berufsperspektive deutlich besser aus. Selbst drei Jahre nach der Schulzeit hat rund ein Viertel der ehemaligen Sonderklassenschüler_innen keinen beruflichen Zugang gefunden. Für junge Erwachsene ohne Sonderklassen-Vergangenheit, aber mit vergleichbarer Schulschwäche, ist diese Gefahr etwa vier Mal kleiner. Sie haben sogar gewisse Chancen auf einen Ausbildungszugang im mittleren oder höheren Segment. Dies ist für ehemalige Sonderklassenschüler_innen kaum je der Fall. Während des Übergangs in die Berufsausbildung brechen sie häufig mehrere berufliche Einstiegsversuche ab.“ (Presseaussendung der AutorInnen 2011). Die Studie zeigt auch, dass die ehemaligen Integrationsschüler_innen die tragfähigeren sozialen Netze als die ehemalige Sonderschüler_innen haben. Konsequenterweise lautet der Schluss der Autor_innen: „Die Integration der bisher als ‚lernbehindert‘ diagnostizierten Kinder und Jugendlichen in die Regelklassen und damit die Abschaffung der Sonderklassen für Lernbehinderte ist unter dem Aspekt der Chancengerechtigkeit unumgänglich.“ (Eckhart u.a. 2011, S. 112)

Diese beiden kurz beschriebenen Studien bestätigen die Ergebnisse früherer Untersuchungen. Alle zeigen und belegen sie, dass die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen in Sonderschulen bei Weitem nicht so gut und an der Zukunft / beruflichen Zukunft orientiert ist, wie dies gemeinhin immer noch angenommen wird. In einer Schule, die an Zukunft und beruflicher Inklusion orientiert ist, ist das gemeinsame Lernen von Kinder mit und ohne Behinderungen ein entscheidendes Element.

Literatur

- Eckhart, Michael/ Haerberlin, Urs/ Sahli Lozano, Caroline / Blanc, Philippe (2011): Langzeitwirkungen der schulischen Integration. Eine empirische Studie zur Bedeutung von Integrationserfahrungen in der Schulzeit für die soziale und berufliche Situation im jungen Erwachsenenalter. Haupt Verlag Bern
- Flieger, Petra (2012): Es läuft was falsch bei der Schulintegration. In: monat. Sozialpolitische Rundschau der Dachorganisation der Behindertenverbände Österreichs. Februar 2012, S. 1 u. 3 <http://bidok.uibk.ac.at/library/flieger-segregationsquotient.html> (30.3.2015)
- Timmons, Vianne / Wagner, Maryam (2008): The Connection Between Inclusion and Health. In: Professional Development Perspectives, Heft 7/3-2008, S. 20-24
- World Health Organisation (2001): International Classification of Functioning, Disability and Health (ICF). Im Internet: <http://www.who.int/classifications/icf/en/> (30.3.2015)



Foto: Schönwiese

Kontakt

**A.Univ.Prof.i.R.Dr.
Volker Schönwiese**

volker.schoenwiese@uibk.ac.at

AUSSCHLUSS VON ERWERBSARBEIT

Eine gesellschaftlich legitimierte Gewalthandlung?

Text: Oliver Koenig

Der Einladung, diese Abhandlung zu verfassen, lag die Frage zugrunde, ob der strukturelle Ausschluss von Menschen mit Lernschwierigkeiten aus sozialversicherungspflichtiger Erwerbsarbeit als gesellschaftlich legitimierte Gewalthandlung gesehen werden kann? Bevor es möglich wird, dieser Frage nachzugehen, ist es notwendig, kurz zu klären, was sozialwissenschaftliche Theorien unter Gewalt verstehen. Jantzen (2012, 145) definiert Gewalt in Anlehnung an Galtung (1975) als jeden „vermeidbaren Angriff auf menschliche Grundbedürfnisse und auf das Leben im allgemeinen“. Als derartige Grundbedürfnisse nennt er

- (1) Überleben, (2) Wohlergehen,
- (3) Identität und (4) Freiheit

um in weiterer Folge zwischen direkter und indirekter Gewalt zu unterscheiden. Während unlängst im Rahmen des Abschlussberichtes des Daphne Projektes „Zugang zu Opferschutzeinrichtungen für Frauen mit Behinderung“ erstmals für Österreich, jedoch längst nicht umfassend, empirische Daten zu direkten Gewalterfahrungen von Frauen mit Behinderungen in institutionellen Kontexten vorliegen (vgl. Mandl, Schachner, Sprenger & Planitzer 2014), existieren noch sehr wenige Forschungsarbeiten, die sich mit den eher subtilen, jedoch nicht weniger wirkmächtigen Formen von und dem Erleben indirekter Gewalt auseinandersetzen, was den Fokus für die weitere Betrachtung liefern wird. Dies geschieht im Wissen um die schier unüberblickbaren Facetten, welche diese Frage eröffnet und die hier nur ansatzweise abgebildet werden können.

Sieben Jahre nach der Ratifikation der UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Österreich und der damit eingegangenen Verpflichtung, Menschen mit Behinderung das Recht auf die Möglichkeit einzuräumen, ihren

Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, der in einem offenen und inklusiven Arbeitsmarkt frei gewählt und angenommen werden kann (Artikel 27), arbeiten mindestens 21.000 Menschen (vgl. Koenig 2010) in den föderal organisierten Strukturen des Ersatzarbeitsmarktes. Angesichts von Rekordarbeitslosenzahlen ist davon auszugehen, dass trotz Kosteneinsparungstendenzen diese Zahlen weiterhin steigen. Denn trotz eines fortlaufenden Ausbaus und der Differenzierung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind biographische Lebenslaufmuster von Menschen mit Lernschwierigkeiten, moderiert durch ihre sozioökonomische Situation, familiäre Unterstützung, besuchte Schulform und wahrgenommenem Ausmaß ihrer Beeinträchtigung noch immer überwiegend durch einen Exklusionsautomatismus strukturiert (vgl. Fasching & Koenig 2010).

Gleichzeitig bewegen sich Übergangsquoten von Werkstätten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt, von wenigen Bundesländern abgesehen, unterhalb der Wahrnehmungsschwelle (vgl. Koenig 2010). Dabei würde ein nicht unbeträchtlicher Anteil der in diesen Einrichtungen tätigen Menschen eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vorziehen, wie eine Befragung von 250 NutzerInnen Wiener Werkstätten (vgl. Koenig 2009) ergeben hat, in der 58 % angaben, sich einen Job auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu wünschen.

In besagter Studie wurde auch deutlich, dass eine Reihe an institutionell wirksamen Sozialisations- und Selektionsmechanismen existieren, welche es Menschen erschweren, für sich den Wunsch nach einer Erwerbsarbeit zu einer Identitätsperspektive zu verfestigen sowie Zuversicht gegenüber der Realisierbarkeit dieser Veränderungsabsicht zu entwickeln – d.h. im Sinne Jantzens vermeidbare Angriffe auf menschliche Grundbedürfnisse vorzuliegen scheinen. Zur Ableitung von

notwendigen pädagogischen und sozialpolitischen Interventionen waren diese quantitativen Daten jedoch nicht aussagekräftig genug. Insofern habe ich mich im Rahmen meiner Doktorarbeit mit der Frage beschäftigt, welche biographischen und lebensweltlichen Erfahrungen sowie (pädagogische) Unterstützungsarrangements Menschen, die den Großteil ihrer erwachsenen Biographie in Werkstätten gearbeitet haben, dazu befähigen können, gesellschaftlich geteilte Lebensziele wie einer Erwerbsarbeit nachzugehen wahrzunehmen, für sich selbst zu individuellen Identitätsprojekten zu verfestigen und diese gegenüber ihrer Umwelt aktiv einzufordern. Dazu wurden 18 Menschen mit Lernschwierigkeiten über einen Beobachtungszeitraum von zwei Jahren begleitet und ihre Biographien sowie identitäre Entwicklungsprozesse dokumentiert und rekonstruiert (vgl. Koenig 2014).

Eines der zentralen Ergebnisse war die Identifizierung und Differenzierung von drei auf die Zukunft gerichteten Positionierungen gegenüber Erwerbsarbeit als individuellem Identitätsziel.



Foto: Koblmüller

Dabei waren und sind diese Positionierungen nicht als isolierte Willensbekundung aufzufassen, sondern können nur vor dem Hintergrund der über den Lebensverlauf wirkenden sozialen Kräfte, mobilisierbaren Ressourcen und versperrenden Barrieren biographisch kontextualisiert verstanden werden.

So stellte für etwa 40 % der Forschungsteilnehmer_innen Erwerbsarbeit **kein Identitätsziel** dar.

Ebenso 40 % sahen Erwerbsarbeit als einen möglichen **Identitätsentwurf**, der jedoch nicht einen derartigen inneren Beschlusscharakter aufwies, als dass sich die eigenen Zukunftsvorstellungen primär an dessen Realisierung orientierte.

Lediglich 20 % sahen Erwerbsarbeit, unabhängig von der Unterstützung, die sie tatsächlich zur Erfüllung dieses Zieles erhielten, für sich als deklariertes **Identitätsprojekt** und initiierten eigenständig Aktivitäten zur Realisierung dieses Ziels.

In einer tiefergehenden Analyse dieser – als Typologien gerahmten – Positionierungen wurde deutlich, dass mit jeweils unterschiedlicher Akzentuierung sowie entwickelten Bewältigungsstrategien, durch Bedingungen von struktureller und symbolischer Gewalt geprägte Lebens- und Sozialisationsbedingungen existierten, die entscheidend den Zugang zu jenen maßgeblichen Ressourcen beeinflussen, die notwendig sind, damit ein Mensch (1) auf die Zukunft gerichtete Vorstellungen darüber entwickeln kann, wie sie/er leben oder arbeiten möchte, (2) diese Vorstellungen gegenüber seiner Umwelt artikulieren und aktiv verhandeln kann sowie (3) in die Lage versetzt wird, diese auch zu realisieren (vgl. Koenig 2014). Als derart maßgebliche Ressourcen konnten in der Untersuchung identifiziert werden:

- Das Vorhandensein von Informationen, Bildungs-, Lern- und Reflexionsmöglichkeiten.
- Die emotionalen Erfahrungen von Konstanz, Stabilität von Bezugspersonen sowie fundamentaler menschlich sozialer Grundbedürfnisse von Zutrauen und Anerkennung.
- Die sozialen Erfahrungen von auf Zugehörigkeit und Wechselseitigkeit basierenden Beziehungen, die im Idealfall auch eine Brückenfunktion in weiterführende soziale Netzwerke darstellen.
- Die Erfahrungen von subjektiv als hilfreich empfundener, situationsspezifisch und inhaltlich ausgewogener, transparenter und gleichberechtigt verhandelter Unterstützung.
- Die Möglichkeit der proaktiven Auseinandersetzung mit der eigenen Beeinträchtigung.
- Die Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und Macht, tatsächlich auf den eigenen Lebensweg Einfluss nehmen zu können.

Insbesondere den Personen der ersten Typologie, die Erwerbsarbeit nicht als Identitätsziel entwickelt hatten, waren diese Ressourcen im Laufe ihrer Biographien größtenteils nicht zugänglich. Stattdessen zeigten sich in der Rekonstruktion der Lebensverläufe übergreifend wirksame Mechanismen, die allesamt als Formen von Gewalt angesehen werden können. Dies waren u.a.:

- Isolierte und infantilisierende Lebensbedingungen und Umgangsformen mit häufigen biographischen Trennungserfahrungen und der Erfahrung von Zurückweisung.
- Fehlen von Rollenvorbildern sowie Versorgung mit Informationen, Reflexionsmöglichkeiten und Möglichkeiten der Aufarbeitung negativer Erfahrungen.
- Eingeschränkte Erwartungshaltungen, fehlendes Zutrauen und durch Abhängigkeit geprägte Lebensverhältnisse mit mangelndem Durchsetzungs- und Selbstwirksamkeitserleben in familiären und institutionellen Lebenswelten.
- Konstante Vermittlung der Botschaft, dass angesichts der (Schwere der) Behinderung eine Beschäftigung nur in einer Werkstätte möglich ist, sowie eine als missbräuchlich zu wertende Verwendung von Selbständigkeit als Macht- und Disziplinierungsinstrument, welche teilweise dazu führt, dass eingeforderte Unterstützung vorenthalten wird.

Die individuelle Ablehnung von Erwerbsarbeit als Identitätsziel konnte daher nicht als Akt einer freien, informierten und auf Wahlmöglichkeiten basierten Entscheidungsfindung gesehen werden, sondern vielmehr als

Ausdruck einer individuellen Positionierung angesichts struktureller Barrieren, begrenztem (Ver-)Handlungsspielraum und übernommenen gesellschaftlichen Zuschreibungen. Letzter Punkt verdient in Hinblick auf die leitende Fragestellung dieses Beitrages eine genauere Betrachtung. Einrichtungen des Ersatzarbeitsmarktes in Österreich beziehen ihren gesellschaftlichen und sozialpolitischen Handlungsauftrag nach wie aus der Etikettierung der dort beschäftigten Menschen als „arbeitsunfähig“ - eine Realitäten-konstruierende Begrifflichkeit, welche eindeutig Wertungen transportiert. Wie Bloemers (vgl. 2009) darlegt, können solche Begriffe, wenn die derart markierten Personen nicht über die notwendigen Ressourcen verfügen, um sich gegen diese negativen Attribuie-



Foto: Koblmüller

rungen und den daraus real resultierenden Ausschluss wehren zu können, zu Werkzeugen symbolischer Gewalt werden. Darunter versteht Bourdieu „die Durchsetzung von Bedeutungen und ihrer Legitimität bei gleichzeitiger Verschleierung der Kräfteverhältnisse, die der Gewalt zu Grunde liegen“ (Rehbein 2006: 191).

Diese Kräfteverhältnisse operieren weitestgehend sanft und werden über Sprache als Medium symbolischer Gewalt transportiert (vgl. Moebius & Wetterer 2011). Mit der Adressierung von Menschen als „arbeitsunfähig“, kommt es somit zu einem Prozess, der mit Giddens (1995, 78) als „Verdinglichung bzw. Naturalisierung“ sozialer Beziehungen sowie historisch kontingenter Umstände und Möglichkeiten menschlicher Handlungen beschrieben werden kann und eine Hauptdimension der Verbreitung und Entstehung von Ideologien im gesellschaftlichen Kontext darstellt.

Daraus resultiert ein geteilter und häufig unhinterfragter Deutungsrahmen, der sich fest in soziale Systeme einschreibt und dort sowohl Formen des Umgangs mit Menschen strukturiert („Selbstständigkeit kann nur in dem geschützten Umfeld erlernt werden und ist Voraussetzung für...“) sowie eigene Formen individueller Subjektivierung schafft („dafür bin ich zu behindert“).

Ein weiterer Gewaltkreislauf wird besonders bei jenen Menschen offensichtlich, für die das Ergreifen einer Erwerbsarbeit einen möglichen Identitätsentwurf darstellt, das heißt, sie für sich die Möglichkeit des Aufgreifens einer Arbeit zumindest gedanklich durchgespielt haben. Dabei ist für ein Verständnis desselben entscheidend, den Blick auf die komplexe und wechselseitige Verschachtelung der zumeist durchwegs von Bedingungen von Institutionalisierung, Abhängigkeit und Isolation geprägten Lebenswelten dieser Menschen zu werfen. Dies wird besonders deutlich, wenn die Motive betrachtet werden, vor deren Hintergrund der Wunsch nach Erwerbsarbeit subjektiv Bedeutsamkeit erlangt. So zeigte sich, dass dieser Wunsch bei allen Personen, die einen solchen zumindest in der Interviewsituation (nicht in allen Fällen verfügten die Personen über entsprechendes Zutrauen, dies auch gegenüber professionellen oder familiären Bezugspersonen zu tun), artikuliert haben dieser durch die Erfahrung

der strukturellen und sozialen Begrenzungen eines oder mehrerer Lebenswelten motiviert gewesen ist. Zu den identifizierten Motiven nach Arbeit zählten:

- Die eigene Wertigkeit, Selbständigkeit und/oder Autonomie gegenüber der Familie oder anderer bedeutsamer Bezugssysteme unter Beweis zu stellen.
- Als aktives Mitglied der Familie und der Gesellschaft gesehen zu werden.
- Finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen und/oder einen Weg aus der Sachwalterschaft zu finden.
- Das soziale Netzwerk zu vergrößern und neue Menschen kennen zu lernen.
- Möglichkeiten zu erweitern, eine selbstbestimmte Lebensform zu wählen.
- Neue Rollen einnehmen zu können und nicht mehr nur als Mensch mit einer „geistigen Behinderung“ wahrgenommen zu werden.
- Den mit der Etikettierung „geistige Behinderung“ verbundenen sozialen Zuschreibungen zu entkommen.

Arbeiten gehen zu wollen stellt fast nie einen Selbstzweck dar, sondern wird fast durchwegs als instrumentell gesehen, um die wahrgenommenen Grenzen der jeweiligen Lebenswelt zu erweitern, wobei dahinter explizit oder implizit der Wunsch nach der zumeist versagten Anerkennung als erwachsener Mensch steht. Es wird hier deutlich, wie die Lebenswelten von Menschen mit Lernschwierigkeiten durch kumulierte soziale Ungleichheitsverhältnisse geprägt sind, was für Galtung (vgl. 1975) eine Voraussetzung ist, um von struktureller Gewalt zu sprechen. Diese definiert er als *„die Ursache für den Unterschied zwischen dem Potentiellen und dem Aktuellen, zwischen dem, was hätte sein können, und dem, was ist. Gewalt ist das, was den Abstand zwischen dem Potentiellen und dem Aktuellen vergrößert oder die Verringerung dieses Abstands erschwert“* (Galtung 1975, 9).

Strukturelle Gewaltbedingungen, die es Menschen erschweren, das volle Potential ihrer Möglichkeiten auszuschöpfen, äußern sich nicht isoliert auf einen einzelnen Lebensbereich bezogen, sondern müssen einerseits als in das System der Behindertenhilfe strukturell eingebaut angesehen werden und verlangen andererseits, den Blick auf die Gesamtheit individueller Lebensverhältnisse zu richten. So wird in den meisten Fällen das Einnehmen-Können einer aktiven gestalterischen Position gegenüber der eigenen Zukunft durch strukturelle Grenzen sowie der fehlenden Antizipierbarkeit von Unterstützung erschwert.

Derart am Pol der Ohnmacht (vgl. Bourdieu 2005) positioniert, zeigt sich überall dort, wo es Menschen an emotionalem Rückhalt und einem durch die Erfahrung von Selbstwirksamkeit in anderen Lebensbereichen gestärktem Selbstwert und Willen fehlt, dass sie sich in „resignativer Anpassung“ (vgl. Rohrmann 2007, 61) mit dem Bestehenden zufriedengeben bzw. Identitätsziele anstreben, die innerhalb der jeweiligen strukturellen Grenzen ihrer Lebenswelt einfacher beeinflusst und gestaltbar erscheinen und basale Bedürfnisse nach Zugehörigkeit, Anerkennung, Kommunikation und Zuwendung befriedigen.

So ist auch der Wunsch nach Erwerbsarbeit in dem Stadium des Identitätswurfs immer ein fragiler, der immer dort, wo es den Menschen an oben erwähnten Ressourcen mangelt, bereits durch geringe Frustrationen wieder auf unbestimmte Zeit verschoben oder gänzlich verworfen werden kann. Dabei ist es häufig wiederum ein Resultat des Wirkens symbolischer Gewalt, wenn die mit der Feststellung einer „geistigen Behinderung“ einhergehende Zuschreibung des *Nichtausreichend-Selbstständig-und-kompetent-Seins*, welche die sozialen Systeme der Behindertenhilfe legitimiert und in einem häufig individualistischen förderungsorientierten Verständnis der professionellen Akteur_innen sowie der organisationalen Ausrichtung der entsprechenden Systeme mündet, dazu führt, dass das Beweisen-Müssen von Selbstständigkeit und Kompetenz zu einer ausschließlich vom Individuum zu erbringenden Voraussetzung und Leistung wird. So ist es geradezu bezeichnend, dass jene Personen die für sich selbst Arbeit als zentrales Identitätsprojekt defi-

niert haben, und derart aktiv an der Erreichung ihres Ziels arbeiten, als Voraussetzung dafür sie sich zum einen

- von den auch ihre Lebensverläufe zuvor oftmals begrenzenden sozialen Institutionen wie der Familie, vollbetreuten institutionellen Wohnformen und Sachwalterschaft weitestgehend emanzipiert hatten, und sie zum anderen
- insbesondere durch den Zugang zu einem von Solidarität und Wertschätzung getragenen sozialen und selbst organisierten Peer Kontext die Möglichkeit vorgefunden haben, sich proaktiv gegenüber gesellschaftlichen und sozialen Zuschreibungen zu wehren und zu positionieren.

Jedoch war den Lebensverläufen aller Personen gemeinsam, dass sich Arbeit aus reiner Eigeninitiative und Aktivität heraus als der am schwersten zu beeinflussbare Lebensbereich darstellt. Wie bei keinem anderen Lebensbereich zeigte sich, dass die individuelle motivationale Basis, arbeiten zu gehen, von diversen gesellschaftlichen Zuschreibungsprozessen und an das Individuum herangetragenen neoliberalen und leistungsorientierten Erwartungshaltungen beeinflusst wird. Dies ist insofern besonders problematisch, da von allen gesellschaftlich geteilten Lebenszielen, sowohl in der Eigen- als auch Fremdwahrnehmung, sich eine Erwerbsarbeit nach wie vor als DIE maßgebliche Instanz für die gesellschaftliche Anerkennung und damit das Zugeständnis von Rechten und Pflichten als erwachsene Person erweist. Dies wirft auch ein entsprechendes Licht auf die derzeitige Praxis der politischen Priorisierung der beruflichen Integration – von Inklusion kann hier definitiv nicht gesprochen werden - als DAS Mittel zu Bekämpfung sozialer Exklusion, in dazu häufig nicht flexibel und personenzentriert agieren können den Unterstützungssystemen. Dazu schreibt Hall (2004, 299):

„whilst the notion of social exclusion supposedly incorporates participation in all aspects of society, the dominant criterion centres on economic (in) activity, neglecting (non-paid) social, cultural and political activities. This has at least two consequences: firstly, that non-participants in employment are deemed to be ‚others‘ who do not form

part of ‚society as a whole‘ and, secondly, that inclusion in work is ‚de facto beneficial‘, disregarding discrimination in employment and that people on the margins are more likely to have poorly paid, low quality jobs.“

Unterstützungssysteme müssten, wenn sie nicht selbst an der Konstruktion einer Gegenideologie (Erwerbsarbeit um jeden Preis) arbeiten, daher, so eine Kernimplikation, jedenfalls direkt an der jeweiligen Person, ihrer individuellen Lebenssituation, biographischen Erfahrungen, Wünschen und Veränderungsabsichten, Talenten, Fähigkeiten und Vorlieben sowie ihren sozialen Netzwerken und Ressourcen ansetzen. Erst durch diesen ganzheitlichen Blick zeigt sich das volle individuelle Entwicklungspotential und eröffnen sich Veränderungsmöglichkeiten. Die gemeinschaftliche Aushandlung von Angeboten zur Unterstützung der aktiven Realisierung von Erwerbsarbeit als selbst gesetztes Identitätsziel dürften weder erst dann einsetzen, wenn es der Person mühevoll gelungen ist, sich selbst und ausschließlich aus eigener Kraft von anderen Systemen zu emanzipieren, noch Arbeit als ausschließliches Ziel von Veränderung begreifen, wenn sich aus Sicht der Person eigentlich andere Themen und Lebensbereiche als vordergründig darstellen. Für all dies gibt es weder einfache Wege noch vorgezeichnete Antworten.

Das Literaturverzeichnis ist unter <http://bidok.uibk.ac.at/library/koenig-ausschluss.html> veröffentlicht (Anmerkung der Redaktion).



Foto: Koenig

Kontakt

Dr. Oliver Koenig

Universität Wien,
Institut für Bildungswissenschaften

1090 Wien, Sensengasse 3a
Tel. +43-1-4277-46804

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE UND BERUFLICHE INTEGRATION



Sozialgenossenschaften in Italien

Mit dem Begriffspaar **Solidarische Ökonomie** werden jene Formen des Wirtschaftens bezeichnet, die nicht das Profitstreben einzelner in den Mittelpunkt stellen, sondern demokratische, soziale, ökologische sowie bedürfnisorientierte ökonomische Ansätze teilen und die sich an den Prinzipien der Mitsprache, der Kooperation, der Solidarität, der Selbstorganisation und Nachhaltigkeit orientieren.

Text: Sascha Plangger

Solidarische Ökonomie

Durch die Wirtschaftskrisen der vergangenen Jahre haben solidarische Formen des Wirtschaftens einen erheblichen Aufschwung erfahren. Ein Beispiel unter vielen ist die internationale Genossenschaftsbewegung, die als Reaktion auf diese Krisen enorme Zuwächse zu verzeichnen hatte. Nach Schätzungen arbeiten derzeit ca. 800 Millionen Menschen in etwa 100 Ländern in Genossenschaften (vgl. Altvater 2012). Außerdem wird die Lebensgrundlage von 3 Milliarden Menschen durch genossenschaftliche Aktivitäten sicher gestellt (vgl. Borzaga/Galera 2012). Die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen von Genossenschaften sind weitläufig. In Krisensituationen garantieren sie im Vergleich zu privaten Unternehmen eine höhere Absicherung der Mitarbeiter_innen und tragen zu einer gerechteren Einkommensverteilung bei. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen richtet sich nach den Bedürfnissen der Menschen. Genossenschaften operieren lokal und stärken die Gemeinschaft, in dem z.B. die erzielten Gewinne und Überschüsse gemeinschaftlichen Interessen und Zwecken zugeführt werden (vgl. ebd.). Gewinnverzicht, Bedarfswirtschaftlichkeit, demokratische Organisationsstrukturen, gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen, Zusammenschluss zur Unterstützung von sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen, Selbsthilfe und Selbstorganisation sowie die Entwicklung von Solidarität sind Kriterien genossenschaftlichen Wirtschaftens (vgl. Eisen 1998).

Genossenschaften in Italien

Genossenschaften sind in den jeweiligen Gesellschaften meist tief verwurzelt. In Italien z.B. bildet das Genossenschaftswesen eine tragende Säule im gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gefüge des Staates. Bereits in der italienischen Verfassung (1947) wurde das Genossenschaftsprinzip gesetzlich verankert, was in den Folgejahren zu einem dynamischen Wachstum führte. In der Region Emilia Romagna konzentrierte sich in den 1980er Jahren die weltweit größte genossenschaftliche Produktion (vgl. ebd.). Doch nicht nur im Produktionssektor erschlossen Genossenschaften neue und innovative Tätigkeitsfelder, sondern auch im Sozialbereich wurden sie zunehmend aktiv. Die Anerkennung von Genossenschaften als wichtige Akteure im Sozialbereich wurde mit dem Staatsgesetz Nr. 381 aus dem Jahr 1991 vollzogen. Das Gesetz definierte eine neue Genossenschaftsform - die Sozialgenossenschaft - die die Unterstützung und soziale Integration benachteiligter Bürger_innen zum Ziel hat. Dabei werden zwei Arten von Sozialgenossenschaften unterschieden, je nachdem welche Ausrichtung sie verfolgen, ob sie Dienste der allgemeinen Wohlfahrt anbieten (Sozialgenossenschaften von Typ A) oder ob sie in unterschiedlichen wirtschaftlichen Bereichen tätig sind, mit Schwerpunkt auf die berufliche Integration (Sozialgenossenschaften vom Typ B).

Sozialgenossenschaft Typ B

Sozialgenossenschaften vom Typ B zeichnen sich dadurch aus, dass sie wie „normale“ Unternehmen in den Bereichen Landwirtschaft, Handel, Handwerk, Industrie und Dienstleistungen agieren. Das primäre Bestreben ist allerdings die berufliche Integration von sozial benachteiligten Personen, zu denen laut gesetzlichen Regelungen Menschen mit Behinderungen, Jugendliche in prekären Lebenslagen, Langzeitarbeitslose, Drogenabhängige und haftentlassene Personen zählen. 30% der beschäftigten Mitarbeiter_innen müssen dieser Personengruppe angehören, damit die Genossenschaften in den Genuss von Steuerbegünstigungen kommen und von den Sozialbeiträgen für die benachteiligten Beschäftigten befreit werden.

Im Unterschied zu herkömmlichen Genossenschaften gibt es bei Sozialgenossenschaften drei Formen der Mitgliedschaft:

- Arbeitende Mitglieder; Personen die in der Genossenschaft als Mitarbeiter_innen angestellt sind.
- Ehrenamtliche Mitglieder; Personen, die auf freiwilliger Basis und ohne Vergütung Arbeitsleistungen erbringen.
- Unterstützende bzw. finanzierende Mitglieder; natürliche oder juristische Personen, die Kapital in das Genossenschaftsunternehmen investieren.



Foto: © Sepp Laner - Der Vinschger

Die Mitgliedschaft wird durch den Kauf einer oder mehrerer Aktien erworben, wobei in der Generalversammlung das basisdemokratische Prinzip gilt, dass jedes Mitglied nur eine Stimme hat, unabhängig von den erworbenen Kapitalanteilen. Ein weiterer Aspekt ist, dass die Verteilung der

Stimmrechte danach erfolgt, dass die arbeitenden Mitglieder die Mehrheit halten und in der Regel nicht überstimmt werden können.

Sozialgenossenschaften in Südtirol

Das erwähnte Staatsgesetz Nr. 381/91 sieht für Sozialgenossenschaften, die als soziale Unternehmen sowohl wirtschaftliche als auch gemeinwohlorientierte Ziele verfolgen, nicht nur Steuer- und Sozialleistungsbefreiungen vor, sondern öffentliche Behörden und Institutionen sind angehalten Aufträge an sie zu erteilen. Allerdings fehlte zur Umsetzung dieser Vergabepaxis lange Zeit der rechtliche Rahmen (vgl. Loss 2004). In Südtirol wurde daher im Jahr 2011 ein Landesgesetz verabschiedet, das die Landesverwaltung verpflichtet einen bestimmten Mindestanteil der jährlichen Aufträge für die Lieferung von Waren und Dienstleistungen an Sozialgenossenschaften des Typs B zu vergeben. Damit sollen vermehrt Arbeitsplätze für benachteiligte Personen geschaffen und die Zusammenarbeit sowie der Austausch zwischen Sozialgenossenschaften und der öffentlichen Verwaltung gefördert werden. Im Jahr 2013 waren in Südtirol 74 Sozialgenossenschaften vom Typ B aktiv, sie beschäftigten 1.097 Mitarbeiter_innen, wobei 299 Personen zur Gruppe der benachteiligten Beschäftigten zählten.

Die erste Sozialgenossenschaft vom Typ B im Vinschgau

Im Sommer 2013 wurde im Bezirk Vinschgau die erste Sozialgenossenschaft vom Typ B von sozial engagierten Personen ins Leben gerufen. Die Gründung der Vinschger Sozialgenossenschaft (VISO) hat große politische Unterstützung erfahren und viele Bürgermeister des Vinschgaus sind als unterstützende Mitglieder beigetreten. Die VISO führt derzeit das Schüler_innenheim Malserhof, das 50 Schüler_innen der Sportoberschule Mals beherbergt. Zu den weiteren Tätigkeitsbereichen zählen Reinigungs-, Hausmeister- und Grünanlagenpflegedienste. Wobei die VISO von zahlreichen Gemeinden des Vinschgaus Aufträge zur Reinigung öffentlicher Einrichtungen (Kindergärten, Musikschulen, Bibliotheken usw.) erhalten hat.

Die Motivation der Gemeinden ist dabei die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen. Denn aufgrund von Liberalisierungs- und Deregulierungstendenzen im öffentlichen Bereich stehen die Gemeinden zusehends unter Druck, Dienstleistungen auszuschreiben und sie am freien Markt konkurrierenden Betrieben anzubieten. Diese Entwicklungen führten in diversen Dienstleistungssektoren zu einem Preisdumping und zu prekären Beschäftigungsverhältnissen für die dort arbeitenden Menschen. Durch das Instrument der Direktvergabe, das aufgrund des erwähnten Landesgesetzts ermöglicht wurde, haben öffentliche Behörden und Gemeinden die Möglichkeit, Aufträge an Sozialgenossenschaften zu erteilen, um Dumpingpreise zu verhindern und eine aktive Arbeitsmarktpolitik zugunsten benachteiligter Personen zu betreiben, wodurch die Genossenschaften in die Lage versetzt werden, gute Arbeitsbedingungen für ihre Mitarbeiter_innen zu schaffen und sozial gerechte Löhne zu bezahlen.

Die VISO kooperiert im politischen und gesellschaftlichen Interesse zur Stärkung des lokalen Arbeitsmarktes intensiv mit kommunalen Behörden sowie mit öffentlichen als auch privaten Akteuren. Sie konnte sich im Laufe von zwei Jahren als wichtiger Arbeitgeber im Vinschgau etablieren. Derzeit sind 24 Mitarbeiter_innen in der Genossenschaft beschäftigt, wobei 50% der geleisteten Arbeitsstunden von 11 benachteiligten Personen erbracht werden, die vor ihrer Anstellung arbeitslos waren. Dieses Beispiel zeigt, welches Potential in genossenschaftlichen Initiativen steckt und welche Vorteile daraus für die Gemeinschaft und den lokalen Arbeitsmarkt resultieren.



Foto: Plangger

Literatur:

- Alt Vater, Elmar (2012): Marx neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die Kritik der politischen Ökonomie. VSA Verlag, Hamburg.
- Elsen, Susanne (1998): Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der Globalisierung. In: Jahrbuch der Gemeinwesenarbeit 6. AG SPAK Verlag, Neu-Ulm.
- Borzaga, Carlo/Galera, Giulia (2012): Konferenzbericht Euricse – Verbreitung der Genossenschaftsidee für eine bessere Welt. Quelle: http://euricse.eu/sites/euricse.eu/files/venice_german_final.pdf (letzter Zugriff: 30.03.2015).
- Loss, Monica (2004): Sozialgenossenschaften in Italien. In: Der Dritte Sektor: Wege zur Stabilisierung und Unterstützung der beschäftigungspolitischen Potentiale von Not-for-Profit-Organisationen Internationale Fachtagung am 16./17. September 2004 in Göttingen. Quelle: http://www.instrumentsandeffects.de/PDF/Dokumentation_dt.pdf (letzter Zugriff: 30.03.2015)

Kontakt

Dr. Univ.-Ass. Sascha Plangger

Präsident der Vinschger Sozialgenossenschaft

s.plangger@arkus.it
info@vi-so.org

NACHHALTIGE INTEGRATION AM ARBEITSMARKT - PROJEKT NINA



Text: Irene Sailer-Lauschmann, Hannes Kosz

Nicht erst seit der Ratifizierung der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen stellt die Integration auf den 1. Arbeitsmarkt ein wesentliches Thema dar, mit dieser gelangt das Recht auf eine bezahlte Arbeit und Beschäftigung abseits der gängigen Werkstätten aber ins Zentrum unserer Unterstützungsfunktion.

Befasst man sich mit den Motivationen unserer Klient_innen, so steht neben dem monetären Effekt, der Wunsch nach einer sinnvollen Tätigkeit im Vordergrund, welche die individuellen Potentiale und Vorstellungen widerspiegelt.

Betrachtet man die aktuellen Zahlen der Arbeitslosenstatistik, so zeigt sich, dass die Gruppe der Menschen mit Behinderungen jene ist, die mit am meisten damit zu kämpfen haben, eine Arbeitsstelle zu finden, ja überhaupt die Möglichkeit zu erhalten als potentielle Mitarbeiter_innen in Frage zu kommen. Das in Österreich momentan aktuelle System der „Strafzahlung“ bei zu wenig angestellten Menschen mit Behinderungen scheint den erhofften Effekt nicht zu erbringen.

Die Problematik vieler Menschen mit Behinderung beginnt aber bereits damit, dass das für den Bereich Arbeit zuständige AMS eine Förderung erst ab einem Beschäftigungsausmaß von 20 Wochenstunden mit einer Frist von 9 Monaten vorsieht und das Sozialministeriumsservice schließt nach Ablauf der 9 Monate mit einer weiteren Entgeltbeihilfe nur an, wenn die Arbeitsstelle bereits durch das AMS gefördert wurde. Erfahrungswerte verschiedener Projekte (z.B. Projekt „Spagat“, Institut für Sozialdienste Vorarlberg) und Institutionen haben aber gezeigt, dass es in vielen Situationen sinnvoll ist von einer Wochenarbeitszeit von 15 bis maximal 20 Stunden auszugehen.

Dies bedeutet somit, dass der überwiegende Teil der Klient_innen des Vereines W.I.R. nicht zum förderungsfähigen Kreis hinzuzuzählen sind. Prinzipiell sieht auch das Tiroler Rehabilitationsgesetz nicht vor, eine Arbeitsstelle zu fördern, wenn sich

die betreffende Person gleichzeitig in einer rehabilitativen Tagesstruktur befindet.

Da der Verein W.I.R. aber der Meinung ist, dass jegliche Arbeit, die an die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Klient_innen angepasst wird, auch gefördert werden soll, unabhängig vom Stundenausmaß, wurde mit dem Land Tirol als Leistungsträger folgende Lösung ausgearbeitet und bereits einige Zeit erprobt: Damit die Arbeitgebenden eine angepasste Entschädigung für die Leistungsminderung erhalten, werden die Tagsätze herangezogen, welche der Verein durch die Anwesenheit der Klient_innen in der Tagesstruktur erhält. Der Verein ist gewissermaßen Mittelsmann zwischen dem Land Tirol und den Betrieben. Die dem Verein übermittelten Tagsätze werden für die Zeit der „externen“ Arbeit an die Betriebe ausbezahlt.

Die Tatsache, dass sich die Klient_innen sowohl in der Tagesstruktur des Vereines, als auch an einer Arbeitsstelle in Begleitung der Mitarbeiter_innen des Vereines W.I.R. befinden, hat sich als sinnvoll erwiesen. Darauf hinzuweisen ist, dass die Begleitung am Arbeitsplatz nicht an eine bestimmte Dauer gebunden ist, sondern durch die Mitarbeiter_innen von *Beratung & Service* im Sinne eines regelmäßigen Austausches mit den beteiligten Personen geleistet wird.

Mittlerweile wurden im Rahmen des Projektes NINA vier Arbeitsplätze geschaffen und mit einigen Tiroler Betrieben laufen Verhandlungen über die Schaffung weiterer Arbeitsangebote.



Fotos: Sailer-Lauschmann

Kontakt

**Irene Sailer-Lauschmann
Mag. Hannes Kosz**

Beratung & Service
Verein W.I.R.
6060 Hall
Tel. 05223 22508-30

Die Offene Uni

Text: Robert Saugspier, Josef Hochmeister und Gertraud Kreamsner

Die Offene Uni fand von 10. bis 13. Juni 2014 am Institut für Bildungswissenschaft der Universität Wien statt. An der Universität wird Wissenschaft und Forschung gemacht. Die Menschen, die das tun, nennt man Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.

Meistens forschen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen unter sich. Menschen mit Lernschwierigkeiten haben nicht immer die Möglichkeit, zu sehen und zu hören, worüber geforscht wird.

Bei der Offenen Uni war das anders. Bei der Offenen Uni haben Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen mit Menschen mit Lernschwierigkeiten über ihre Forschung gesprochen.

Es gab Workshops und Lehrveranstaltungen, bei denen

Menschen mit Lernschwierigkeiten mitgemacht und mitdiskutiert haben.

Die Offene Uni hat zum ersten Mal stattgefunden. So etwas hat es vorher in Wien noch nie gegeben.



Quelle: Kreamsner

Das waren die Workshops und Lehrveranstaltungen:

- Bettina Dausien hat die Uni Wien und das Institut für Bildungswissenschaft vorgestellt.
- Michelle Proyer, Gertraud Kreamsner, Andrea Strachota und Helga Fasching haben sich mit dem Thema „Was ist Behinderung?“ beschäftigt.
- Ariella Sobel hat die Bibliothek hergezeigt. Dort gibt es auch Bücher in Leichter Sprache.

- Helga Fasching hat vom Übergang von der Schule in den Beruf erzählt.
- „Schulerfahrungen von Menschen mit Behinderungen“ war das Thema von Gottfried Biewer und Tobias Buchner.
- Michaela Kramann hat gemeinsam mit ihren Studierenden darüber berichtet, worüber sie forschen.
- Michelle Proyer hat uns auf eine gemeinsame Reise eingeladen und von Menschen mit Behinderung rund um die Welt berichtet.
- Josef Hochmeister, Martin Schwerter, Robert Saugspier, Heidi Tomacek und Natalia Postek haben sich mit der Frage „Wie muss gute Unterstützung sein?“ beschäftigt.
- Gertraud Kreamsner hat große Ideen in der Forschung vorgestellt. Diese Ideen beschäftigen sich alle mit dem Thema „Macht“.
- Natalia Postek hat versucht, etwas über die Betreuung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung herauszufinden und darüber berichtet.
- Josef Hochmeister, Martin Schwerter, Robert Saugspier, Heidi Tomacek und Natalia Postek haben darüber erzählt, wie Selbstvertretung und Mitsprache in Einrichtungen gestaltet werden kann.
- „Menschen mit Lernschwierigkeiten erzählen ihre Lebensgeschichten“ hieß ein Workshop von Gertraud Kreamsner.
- Zum Abschluss haben wir uns alle noch einmal zusammengesetzt und gemeinsam darüber gesprochen, wie die Offene Uni war.



Foto: Kreamsner

Viele Menschen mit Lernschwierigkeiten haben an der Offenen Uni teilgenommen. Für die meisten Veranstaltungen war die Offene Uni ausgebucht.

Das haben die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an der Offenen Uni gut gefunden:

Es war spannend.

Eine sehr gute Idee. Bitte wieder.

Die Präsentationen waren groß genug geschrieben.

Gut, dass es Präsentationen gab. Sehr klass.

Sehr gute Veranschaulichung von Abhängigkeit.

Super. Programm war gut und übersichtlich.

Schönes Material.

Nur so kommen Menschen mit Lernschwierigkeiten auf die Uni.



Foto: Kreamsner

Das haben die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an der Offenen Uni nicht so gut gefunden:

Teilweise zu kurz.

Teilweise zu oberflächlich.

Manche Veranstaltungen haben sich leider überschritten.

Wo waren die Zeitungen und das Fernsehen?

Das sind die Ideen, die während der Offenen Uni entstanden sind:

- Menschen mit Lernschwierigkeiten sollen richtig auf die Uni gehen können.
- Andere Unis in anderen Städten sollen auch bei der Offenen Uni mitmachen.
- Die Workshops sollen aufgeschrieben werden für Menschen, die nicht dabei sein konnten.
- Es sollen Fotos gemacht werden.
- Wichtige Themen sollen eher am Vormittag besprochen werden, damit man besser mitdenken kann.
- Wir brauchen größere Räume.
- Gut wäre es, Sponsoren zu finden.

Robert Saugspier und Josef Hochmeister haben an der Offenen Uni teilgenommen.

Sie haben bei Lehrveranstaltungen und Workshops zugehört und mitdiskutiert.

Sie haben aber auch selbst 2 Vorträge gehalten.

Das sagen sie zur offenen Uni:

Am Anfang haben wir einen Hinweis bekommen, dass es die Offene Uni überhaupt gibt.

Gertraud hat uns ein Email geschickt.

Wir sind gefragt worden, ob wir einen Vortrag halten möchten.

Danach haben wir in der Firma nachgedacht, was für die Leute interessant wäre.

Wir haben uns für 2 Themen entschieden:

1. Selbstvertretung und Mitsprache
2. Wie muss eine gute Unterstützung sein?

Bei unseren Vorträgen haben viele Leute zugehört und mitdiskutiert.

Gertraud hat uns erzählt, dass unsere Vorträge sehr schnell ausgebucht waren. Das freut uns sehr.

Für uns war die Offene Uni sehr hilfreich.

Die Leute haben erfahren, wie es bei uns in der Firma ist und was wir dort machen.

Es haben sich viele Leute dafür interessiert, was wir machen.

Man kann von allen beteiligten Menschen viel lernen.

Uns ist wichtig, dass es die Offene Uni weiterhin gibt.



Foto: Kreamsner



Foto: Kreamsner

Uns hat die Offene Uni viel gebracht. Wir haben viel Kopfarbeit geleistet.
Wir möchten sowas gern wieder machen.

Die Vorträge und Diskussionen der Offenen Uni waren für uns leicht verständlich.
So wie es dort war, sollte man es überall machen.

Wir haben auch schon an anderen Tagungen und Vorträgen teilgenommen.
Dort wurde schwere Sprache benutzt. Oft wurde auch auf Englisch gesprochen.
Das konnten wir nicht verstehen.

Wir fordern Vorträge auf Deutsch und in leichter Sprache.

Wir möchten auch wissen, was über Menschen mit Lernschwierigkeiten
gesprochen oder geforscht wird.

Deshalb wünschen wir uns, dass viele Unis bei der Offenen Uni mitmachen.

Das Thema „Behinderung“ beschäftigt uns sehr
und wir möchten gerne mehr darüber wissen - zum Beispiel über „Inklusion“.
Fotos und Filme sind hilfreich, um das besser verstehen zu können.

Aber auch andere Themen sind für uns spannend.

Wir möchten zum Beispiel gerne
mehr Informationen über
Psychologie und Medizin bekommen.
Vielleicht kann es auch dazu
eine Offene Uni geben.



Fotos: Kreamsner

Kontakt

Robert Saugspier
Josef Hochmeister

Gruppe MiT

Lebenshilfe Wien

Lh.miteinander@gmail.com

Mag.a Gertraud Kreamsner

Universität Wien,

Institut für Bildungswissenschaft,

Heilpädagogik und Inklusive

Pädagogik

gertraud.kreamsner@univie.ac.at

Neuer bidok - Mitarbeiter

Seit Februar wird das bidok - Team durch MMag. Jens Danner verstärkt. Er hat an der Universität Innsbruck Wirtschaftspädagogik und Betriebswirtschaftslehre studiert. Jens Danner arbeitet bisher u.a. in einer Einrichtung der Behindertenhilfe und für einen Bildungsanbieter. Bei bidok ist er für den Bereich Leicht Lesen und die Lernplattform zuständig und unterstützt das Team in der redaktionellen Arbeit.

Kontakt: jens.danner@uibk.ac.at



Strukturbereinigung AMS und Sozialministeriumservice Tirol

Mit Frühling 2015 fanden zwischen dem Arbeitsmarktservice (AMS) und dem Sozialministeriumservice ein Abschluss der Klärung von Zuständigkeiten und interne Umverteilungen von Budgetgelder statt. Hervorzuheben sind v.a. die Veränderungen, die die Zielgruppe der Jugendlichen betreffen:

Arbeitsmarktservice (AMS)

Sozioökonomische Betriebe (SÖB): Schließung der Jugendprojekte „Schenk und Spiel“ und „Junet“ und Beibehaltung von „Libelle“ Die bestehenden sozioökonomischen Betriebe werden 40% ihrer Plätze an Menschen mit dem Alter von 50+ vergeben.

Neu gegründet wurde das für Jugendliche ausgerichtete Berufsorientierungsprojekt „Chancenreich“.

Die Finanzierung der Produktionsschulen geht in die Zuständigkeit des Sozialministeriumservice über. Das AMS setzt in Zukunft seinen Schwerpunkt v.a. auf die finanzielle Unterstützung während der Ausbildungszeit und auf das Erreichen von Bildungsabschlüssen. Ausführliche Informationen zu den Neuerungen in der Förderlandschaft des AMS 2015 finden Sie unter: http://bidok.uibk.ac.at/projekte/arbeitswelt_tirol/links.html#arbeitnehmerin, Informationen für Arbeitnehmer_innen und Unternehmen.



Sozialministeriumservice

Es gibt zurzeit keine Budgetaufstockung von Seiten der Bundeszentrale, d. h. auch keine flächendeckende Ausdehnung von Qualifizierungsprojekten mit der Bezeichnung Ausbildungs-Fit auf ganz Tirol, wie dies 2014 angedacht war.

Bestehende Projekte sollen erhalten und nachhaltig finanziert werden. Die bestehenden Produktionsschulen LEA (Wörgl) und VIA (Innsbruck) wurden vom Sozialministeriumservice übernommen, zwei weitere eingerichtet, die Produktionsschule Tafie (Mils) und Osttirol (Lienz). Alle werden in die Dachorganisation NEBA (Netzwerk Berufliche Assistenz) integriert.

Weitere Infos zum Sozialministeriumservice unter http://www.sozialministeriumservice.at/site/Finanzielle_Unterstuetzung/Foerderungen_fuer_DienstnehmerInnen.



Rückblick bidok talks

Veranstaltungsreihe zur beruflichen Inklusion in Tirol



Am 28. April 2015 stellte Frau FH-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Eva Fleischer im Rahmen von bidok talks einen sehr interessanten Ansatz aus der Antidiskriminierungsbewegung vor, den Anti-Bias-Ansatz. Sie berichtete über seine Entstehungsgeschichte, über das breite Spektrum von Vorurteilen in Alltag, Beruf und Bildung, Politik und Sozialwesen und über individuelle Verstrickungen mit gesellschaftlich vorherrschenden Selbstverständlichkeiten. Der Realitätsbezug und die Anschaulichkeit des Vortrags führten uns Teilnehmer_innen neu an das Thema Diskriminierung heran.

Die Folien zum Vortrag finden Sie unter: http://bidok.uibk.ac.at/projekte/arbeitswelt_tirol/veranstaltungsreihe.html.

Die nächste bidok talks wird im Herbst 2015 veranstaltet.

„Ungleiche Machtverhältnisse bedrohen die Menschlichkeit aller – die der Benachteiligten wie auch die der Privilegierten. Daher ist es in unser aller Interesse, unsere Gesellschaften von Rassismus und allen anderen Formen institutionalisierter Diskriminierung zu befreien“
Louise Dermin-Sparks

3. Öffentliche Sitzung des Tiroler Monitoringausschusses zum Thema „Inklusive Bildung“

Der Tiroler Monitoringausschuss befasste sich bei seiner 3. öffentlichen Sitzung nochmals mit dem Thema „inklusive Bildung“. „Dieses Thema ist so wichtig, dass wir uns intensiv damit auseinandersetzen müssen“, erklärte die Vorsitzende, Mag.^a Isolde Kafka. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die Möglichkeit bei einem als Worldcafe gestalteten Nachmittag intensiv an diesem Thema zu arbeiten. Überwiegend wurde festgehalten, dass kein Weg an der inklusiven Schule und dem inklusiven Kindergarten vorbei führt, dass jedoch an dem Schulsystem, der Ausbildung der Lehrkräfte und der Einstellungen zu diesem Thema in der Öffentlichkeit gearbeitet werden muss.

Der Monitoringausschuss wird für die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung eine Stellungnahme und Empfehlung verfassen, die sich mit den Bedürfnissen und notwendigen Veränderungen in Tirol befasst. Der Weg zur inklusiven Bildung ist ein steiniger, aber er muss gegangen werden. (Cornelia Atalar)

<https://www.tirol.gv.at/gesellschaft-soziales/gleichbehandlung-antidiskriminierung/un-konvention-behindertenrechtskonvention-brk/>

Inklusive Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch in Innsbruck

Im Dezember 2014 wurde die „Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch“ gegründet um über frauenrelevante Themen zu sprechen, sich gegenseitig zu informieren und um politische Aktivitäten zu planen. Die Gesprächsrunden finden in zweimonatigen Abständen in Innsbruck statt.

Eingeladen sind alle Frauen, sowohl Einzelpersonen, als auch Vertreterinnen von Frauengruppen und -organisationen.

Die Schwerpunkte bisher waren der Internationale Frauentag und die Vorstellung der demokratischen Organisation die Neue Frau - Yeni Kadin, Arbeitnehmerinnen aus der Türkei in Europa.

Das nächste Treffen mit dem Schwerpunktthema **Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen** ist am 17. Juni 2015 um 19:00 in der AEP-Frauenbibliothek. Zu Gast sind Teresa Lugstein (Mädchenbeauftragte des Landes Salzburg) und Sabine Mandl (Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte).

Weitere Infos unter <http://aep.at/category/veranstaltungen/>.

Lehrgänge und Tagungen

- **Unterstützte Kommunikation**
Hall, 9. + 10. Juni 2015
<http://www.freitraeume.at/index.php?menuid=21>
- **Lehrgang für Peer Beratung**
Infoveranstaltung: 17. Juni 2015 in Innsbruck, Start Herbst 2015
<http://www.innovia-akademie.at/de/Aktuell/>
- **Fachtagung Chancenlos - trotz Chancengleichheit**
Gleisdorf, 24. Juni 2014
<http://www.chanceb.at/index.php?seitenId=62&veranstaltungenId=201>
- **Persönliches Budget**
Grundlagen-Seminare, 22. - 24. Juni 2015
Seminar speziell für Mitarbeitende der Reha-Träger, 21. - 23. 09. 2015
Aufbau-Seminare, 12. - 14. Oktober 2015
Hannover
http://www.vnb.de/menue/bildungsangebote/qualifizierung/pers_budget.php
- **Sommercamp Persönliche Zukunftsplanung**
Viktorsberg / Vorarlberg, 10. - 12. Juli 2015
http://www.persoenliche-zukunftsplanung.eu/termine/angebotsansicht.html?tx_seminars_pi1%5BshowUid%5D=78
- **Lehrgang für Zukunfts-Planung und Organisations-Entwicklung**
Vill, September 2015 - Jänner 2016
<http://www.zfk.at/index.html>

IMPRESSUM

Förderverein bidok Österreich/ Netzwerk für Inklusion

Liebeneggstraße 8
6020 Innsbruck

Telefon: 0512/507 4038

Fax: 0512/507 2880

E-Mail: integration-ezwi@uibk.ac.at

Projekt bidok - behinderung inklusion dokumentation

Digitale Volltextbibliothek
am Institut für

Erziehungswissenschaft der
Leopold Franzens Universität
Innsbruck



Herausgeber: Förderverein **bidok**

Redaktion: bidok

Ausgaben: bidok works erscheint
zwei Mal pro Jahr (nicht zum
Verkauf)

Beiträge: Namentlich gekennzeich-
nete Beiträge in dieser Zeitschrift
geben immer die Meinung der
Autor_innen wieder und müssen mit
Auffassungen der Redaktion nicht
übereinstimmen.

Haftung: Sämtliche Berichte wurden
sorgfältig überprüft. Dessen
ungeachtet kann keine Garantie für
Richtigkeit, Vollständigkeit und
Aktualität der Angaben übernommen
werden.

VORSCHAU AUSGABE 14, 2015

Für die nächste Ausgabe der Zeitschrift **bidok works** mit dem Schwerpunktthema **Kreative Ideen am Weg zur Erwerbstätigkeit** suchen wir Artikel, Berichte und „Blitzlichter“. Individuelle Erfahrungsberichte sind ebenso willkommen wie Projektbeschreibungen.

Die nächste Ausgabe erscheint im **November 2015**.

Redaktionsschluss ist der **15. Oktober 2015**.

Kontakt: anita.koblmueeller@uibk.ac.at

Mit der Zeitschrift bidok works stellen wir ein Angebot für die Vernetzung und den inhaltlichen Austausch zum Thema **Beruf und Arbeit ohne Barrieren** bereit. Wir laden alle Leser_innen ein, die Gelegenheit zu nutzen, über ihre Erfahrungen zu berichten.

Wir freuen uns über Beiträge, Leser_innenbriefe und Anregungen.

DOWNLOAD

Die Zeitschrift kann auf der Homepage von **bidok** downgeloadet werden. Sie finden **bidok works** auf der Plattform Arbeitswelt Tirol oder unter folgendem Link: http://bidok.uibk.ac.at/projekte/arbeitswelt_tirol/downloads/bidok-works-13-15.pdf

Gefördert durch das
Sozialministeriumservice,
Landesstelle Tirol.



